

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum

03.12.2018

Ausschussbetreuender Fachbereich

Kommunalverfassung, Ratsbüro

Schriftführung

Katrin Klaes

Telefon-Nr.

02202-142245 (Herr Ruhe)

Niederschrift

Rat der Stadt Bergisch Gladbach
Sitzung am Montag, 19.11.2018

Sitzungsort

Theatersaal im Bürgerhaus Bergischer Löwe, Konrad-Adenauer-Platz 6, 51465 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 17:40 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 09.10.2018 - öffentlicher Teil**
0406/2018
- 4 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 4.a Überplanmäßige Aufwendung und Auszahlung 2018**
0489/2018
- 5 Neuaufstellung des Flächennutzungsplans Bergisch Gladbach 2035**
 - Beschluss der Stellungnahmen**
 - Feststellungsbeschluss**

0379/2018

6 Einwohnerfragestunde
0405/2018

7 Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen

**7.1 Antrag der CDU-Fraktion vom 05.11.2018 (eingegangen am 05.11.2018) zur Umbe-
setzung in Ausschüssen und in Gremien von Beteiligungen und Mitgliedschaften**
0439/2018

8 Anträge der Fraktionen

9 Anfragen der Ratsmitglieder

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Urbach eröffnet um 17:00 Uhr die 28. Sitzung des Rates der Stadt Bergisch Gladbach in der neunten Wahlperiode. Er stellt fest, dass der Rat ordnungsgemäß einberufen worden und beschlussfähig sei.

Herr Kockmann (CDU-Fraktion), der Nachfolger Herrn Mömkes', sei heute verhindert und könne also erst in der Sitzung des Rates am 18.12.2018 vereidigt werden. Zudem seien Frau Lehnert (CDU-Fraktion), Herr Krasniqi (SPD-Fraktion), Frau Dr. Rüdig (Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN) und Frau Misini (Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL) entschuldigt. Ferner fehlen Frau Heidberg-Schwettmann (CDU-Fraktion) und Herr Schütz. Verspätet erscheinen Herr Henkel (17:03 Uhr), Herr Buchen (17:04 Uhr), Herr Kraus (17:05 Uhr), Frau Casper, Herr Pick (17:11 Uhr) und Herr Renneberg (17:15 Uhr) – alle CDU-Fraktion) sowie Herr Ebert (entschuldigt um 17:06 Uhr - SPD-Fraktion).

Als Unterlagen der Sitzung benennt Herr Urbach

- die Einladung vom 06.11.2018 mit den dazugehörigen Vorlagen und der Anlage zur Tagesordnung
- die mit Schreiben vom 12.11.2018 übersandte Vorlage Nr. 0457/2018 – Ankauf von Zanders-Flächen („Kernareal“); hier: Umsetzung des Kaufvertrages
- die als Tischvorlage vorliegende Aktualisierung der Anlage zur Tagesordnung mit den Beratungsergebnissen aus der gemeinsamen Sitzung des FNPA, AUKIV und SPLA, die am 15.11.2018 und damit nach Druck und Versand der Einladung zur heutigen Sitzung getagt hätten, sowie
- die als Tischvorlage vorliegende Vorlage Nr. 0489/2018 – Überplanmäßige Aufwendung und Auszahlung 2018.

Er schlägt vor, die Tagesordnung aus Gründen äußerster Dringlichkeit um die als Tischvorlage vorliegende Vorlage Nr. 0489/2018 – Überplanmäßige Aufwendung und Auszahlung 2018 – als Tagesordnungspunkt Ö 4.a zu erweitern. Die äußerste Dringlichkeit begründe sich darin, dass sehr kurzfristig eine verkehrliche Machbarkeitsstudie erstellt werden müsse, um bereits Ende 2018 gegenüber der Deutschen Bahn Aussagen zur Gestaltung der Bahnunterführung an der Buchholzstraße machen zu können.

Sodann fasst der Rat einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die Tagesordnung der Sitzung des Rates am 19.11.2018 wird aus Gründen äußerster Dringlichkeit um die Vorlage Nr. 0489/2018 – Überplanmäßige Aufwendung und Auszahlung 2018 – als Tagesordnungspunkt Ö 4.a erweitert.

Herr Urbach schlägt vor, die Tagesordnung aus Gründen äußerster Dringlichkeit um die mit Schreiben vom 12.11.2018 übersandte Vorlage Nr. 0457/2018 – Ankauf von Zanders-Flächen („Kernareal“); hier: Umsetzung des Kaufvertrages – als Tagesordnungspunkt N 4.a zu erweitern. Sodann fasst der Rat einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die Tagesordnung der Sitzung des Rates am 19.11.2018 wird aus Gründen äußerster Dringlichkeit um die Vorlage Nr. 0457/2018 – Ankauf von Zanders-Flächen („Kernareal“); hier: Umsetzung des Kaufvertrages – als Tagesordnungspunkt N 4.a erweitert.

2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Einwände werden nicht vorgetragen.

Damit gilt die Niederschrift über die Sitzung des Rates am 09.10.2018 – öffentlicher Teil - als genehmigt.

3. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 09.10.2018 - öffentlicher Teil**
0406/2018

Die Mitglieder des Rates nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

4. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

Mitteilung zur Zahlung der Fraktionszuwendungen und Entschädigungspauschalen

Herr Urbach teilt mit, der erste Bankdienst im neuen Jahr werde frühestens am 03.01.2019 erfolgen. Daher würden die Fraktionszuwendungen und Entschädigungspauschalen für Ratsmitglieder für den Monat Januar erst danach auf den Konten der Fraktionen und Ratsmitglieder eingehen. Hierüber habe die Verwaltung die Fraktionen und Ratsmitglieder ohne Fraktionszugehörigkeit bereits schriftlich informiert.

Mitteilung zur Chlorung des Trinkwassers

Herr Urbach gibt die Information der BELKAW weiter, die Chlorung des Trinkwassers werde ab sofort eingestellt werden. Details könnten in Kürze der Pressemitteilung der BELKAW entnommen werden.

Die Mitglieder des Rates nehmen die vorgetragenen Mitteilungen zur Kenntnis.

4.a **Überplanmäßige Aufwendung und Auszahlung 2018**
0489/2018

Herr Außendorf zeigt sich verwundert über die Dringlichkeit sowie darüber, dass die Brücken im Bereich der S11 bereits Gegenstand der Sitzung des AUKIV am 19.09.2018 gewesen seien. Dort habe es geheißen, es bestehe kein Anlass, die Planung hinsichtlich dieser Brücken zu überdenken.

Herr Flügge erläutert, die ersten Planungen, die in der Sitzung des AUKIV vorgestellt worden seien, müssten jetzt ausqualifiziert werden, um hinsichtlich der Funktionalität und der Kosten eine Entscheidung zugunsten einer Variante treffen zu können.

Sodann fasst der Rat einstimmig bei 3 Enthaltungen aus den Reihen der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN folgenden **Beschluss**:

1. **Auf die Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss wird wegen der unter Tagesordnungspunkt 1 geschilderten Dringlichkeit verzichtet.**
2. **Die Zustimmung zur Leistung und Deckung der überplanmäßigen Aufwendung und Auszahlung des Haushaltsjahres 2018 in Höhe von insgesamt 21.700,00 EUR wird gemäß § 83 Abs. 2 GO NRW erteilt.**

5. **Neuaufstellung des Flächennutzungsplans Bergisch Gladbach 2035**
- Beschluss der Stellungnahmen
- Feststellungsbeschluss
0379/2018

Herr Höring spricht den Personen, die das lange Verfahren zur Aufstellung des Flächennutzungsplans begleitet hätten, seinen Dank aus: den Schriftführern der beteiligten Ausschüsse, die weit über das normale Protokollieren hinaus Tagungen an außergewöhnlichen Orten und vor großem Publikum ermöglicht hätten, der Verwaltungsspitze, die das Verfahren begleitet und vorangetrieben habe, und – stellvertretend für alle beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – Frau Krause,

die das Verfahren von Anfang an gemeinsam mit dem Rat trotz diverser Widrigkeiten sehr professionell geführt und dafür sogar ihren Urlaub verschoben habe. Er hoffe, dass das lange Verfahren heute mit großer Zustimmung seinen Abschluss finden werde.

Herr Krell bezieht sich auf seine Ausführungen in der gemeinsamen Sitzung des FNPA, des AU-KIV und des SPLA. Nach Auffassung der FDP-Fraktion springe der vorgelegte Flächennutzungsplan zu kurz und eröffne bei weitem nicht die Möglichkeiten, den diese Stadt für ein nachhaltiges und qualitatives Wachstum brauche – weder im Bereich der Gewerbeflächen, was er auf Grund der damit verbundenen Steuerkraft als besonders kritisch ansehe, noch im Bereich der Siedlungsflächen, was zu einer weiteren drastischen Verteuerung von Wohnraum führen werde. Er habe am Wochenende gelesen, dass auch der Bürgermeister im Grunde dieser Meinung sei. An die Ratsmitglieder der CDU- und der SPD-Fraktion gewandt, ergänzt er, er hätte sich mehr Mut und eine klarere Prioritätensetzung gewünscht. Dem vorliegenden Flächennutzungsplan könne die FDP-Fraktion nicht zustimmen.

Herr Santillán bezeichnet den vorliegenden Flächennutzungsplan als untauglich, fehlerhaft, nicht nachhaltig und ohne Zukunftsperspektive. Er halte ihn – im Gegensatz zu Herrn Krell – für zu groß dimensioniert. Der Plan entspreche einer altindustriellen Stadtplanungs- und Wirtschaftsförderungspolitik, die längst nicht mehr existieren sollte. Er sei nicht nur klima- und wasserschädlich, sondern sehe auch einen viel zu großen Flächenverbrauch vor. Er schade unmittelbar den Menschen, denn der Ausbau von Flächen in Bereichen, in denen jetzt schon zu viele Menschen wohnen, führe zu einer höheren Lärmbelastung, einer stärkeren Luftverschmutzung und Feinstaubemission und einem höheren Verkehrsaufkommen. Die Bürgerbeteiligung sei aus seiner Sicht zu gering gewesen; es sei nur das gesetzlich unbedingt Erforderliche geschehen. Er beklagt, dass die herausgegebene Informationsbroschüre nicht mit dem Stadtrat abgestimmt worden sei und keine kritischen Positionen enthalte. Die Verwaltung erwähne ganz offen Gespräche mit Vertretern der Wirtschaft. Hingegen habe es über viertausend Eingaben von Bürgerinnen und Bürgern gegeben, die diesem Plan widersprochen hätten. Diese Eingaben hätten eine hohe Qualität und ein großes Wissen aufgewiesen. In diesem Rat und seinen Ausschüssen seien die Bürgerinnen und Bürger und ihre Initiativen – anders als bei früheren Konzepten - nicht angehört worden. Deren ganzer Kampf sei also weitestgehend ergebnislos geblieben, doch sei von dieser Seite weiterer Widerstand für die Zukunft zu erwarten. Es sei nicht einmal gelungen, den Stadtrat zu überzeugen, denn die CDU- und die SPD-Fraktion stünden mit ihrer Zustimmung zum Flächennutzungsplan allein. Folglich stehe ein Überzeugen der Bürgerinnen und Bürger durch diese Fraktionen genauso wenig zu erwarten. Er stellt den **Antrag**, unter Ziffer I. des Beschlussvorschlags der Vorlage folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach nimmt die Änderungen im Entwurf des Flächennutzungsplans 2035 gegenüber der Fassung der Offenlage zur Kenntnis und legt diese in einer bürgerentscheidähnlichen Befragung den Bürgerinnen und Bürgern zur EU-Wahl 2019 zur Abstimmung vor. Die endgültige Entscheidung über das weitere Verfahren zum Flächennutzungsplan trifft der Rat erst nach dieser Abstimmung.

Herr Klein stellt klar, der neue Flächennutzungsplan sei dringend notwendig gewesen, vor allem da seit der letzten Aufstellung schon beinahe vierzig Jahre vergangen seien. Damals habe es umfangreiche Untersuchungen zu Verkehrsknotenpunkten gegeben, um einem Verkehrsinfarkt in der gerade vereinten Stadt Bergisch Gladbach entgegen zu wirken. Heute lasse sich feststellen, dass der Verkehrskollaps nahe sei. Deshalb wären Untersuchungen der Verkehrssituation dringend erforderlich gewesen, wenn geplant sei, noch mehr Gewerbe- und Wohnflächen zu schaffen. Der vorliegende Flächennutzungsplan sei am Grünen Tisch entstanden und berücksichtige nicht die Interessen und Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger, was an den vielen Eingaben und der Ablehnung durch mehrere Fraktionen dieses Rates deutlich werde. Die Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL werde gegen den Plan stimmen, und er hoffe auch aus den Reihen der CDU- und der SPD-Fraktion auf Gegenstimmen.

Für den Antrag Herrn Santilláns stimmen ein Ratsmitglied aus den Reihen der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL und Herr Santillán. Die CDU-Fraktion, die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN, die FDP-Fraktion, die mitterechts-Fraktion und ein Ratsmitglied aus

den Reihen der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL stimmen dagegen. Damit wird **der Antrag mehrheitlich abgelehnt**.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN, die Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL, die FDP-Fraktion und die mitterechts-Fraktion sowie Herrn Santillán folgenden, im Vergleich mit dem Beschlussvorschlag der Vorlage geänderten Beschluss:

- I. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach nimmt die Änderungen im Entwurf des Flächennutzungsplans 2035 gegenüber der Fassung zur Offenlage zur Kenntnis und stimmt diesen zu. Dabei werden folgende Flächen in der Priorisierung verändert:

SC16D	Priorität 1
KB7A	Priorität 1
SA3D	Priorität 1
NU7B	Priorität 3

- II. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach stimmt den Abwägungsvorschlägen der Verwaltung zu den während der öffentlichen Auslegung in der Zeit vom 08.01.2018 bis 09.02.2018 gemäß § 3 Absatz 2 Baugesetzbuch und § 4 Absatz 2 Baugesetzbuch eingegangenen Stellungnahmen zu.
- III. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach fasst den Feststellungsbeschluss zum Flächennutzungsplan 2035 gemäß § 2 Baugesetzbuch. Dem Flächennutzungsplan 2035 ist eine Begründung beigefügt (§ 5 Abs. 5 BauGB).

Herr Urbach bedankt sich bei den Ratsmitgliedern. Bei der Entscheidung zur Aufstellung eines neuen Flächennutzungsplans – nach fast 40 Jahren – sei allen bewusst gewesen, dass es kein einfacher Prozess werden würde. Die Diskussionen während des gesamten Verfahrens seien nahezu ausschließlich sehr sachlich verlaufen. Das jetzt ohne Gesichtsverlust erzielte Ergebnis könne nun in die Bauleitplanung einfließen. Für die Bereitschaft, sich dieser Aufgabe im Rahmen ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit zu stellen, zolle er den Ratsmitgliedern Respekt.

6. Einwohnerfragestunde 0405/2018

Herr Urbach teilt mit, es liege eine Einwohnerfrage von Herrn Hoffmann vor. Herr Hoffmann verliest seine Fragen, und Herr Urbach beantwortet diese wie folgt:

1. Frage von Herrn Hoffmann:

„Nutzt die Stadt Bergisch Gladbach mit dem Zanders-Grundstückskauf die finanzielle Notlage der Firma Zanders schamlos aus?“

Antwort der Verwaltung:

„Die finanzielle Situation der Firma Zanders ist nach wie vor kritisch, insbesondere was die Liquidität des Unternehmens angeht. Vor dem Hintergrund der knappen finanziellen Ressourcen von Zanders ist der Sanierungsprozess der Firma akut gefährdet. Der worst case wäre eine Betriebsaufgabe wegen Zahlungsunfähigkeit. Nach Prüfung aller Möglichkeiten verblieb als einzige praktikable Lösung der Ankauf des Zanders-Areals durch die Stadt, so dass Zanders mit Zahlung des Kaufpreises kurz- bis mittelfristig zahlungs- und handlungsfähig bleibt. Der Ankauf hat bezogen auf die Suche nach Investoren den weiteren Vorteil, dass der überwiegende Teil der potenziellen Investoren nach Aussagen des Insolvenzverwalters kein Interesse am Erwerb der Betriebsgrundstücke hat.“

2. Frage von Herrn Hoffmann:

„Warum heißt der Umlageausschuss der Stadt Bergisch Gladbach nicht Enteignungsausschuss?“

Antwort der Verwaltung:

„Der Umlageausschuss heißt Umlegungsausschuss und heißt vom Grundsatz her nicht Enteignungsausschuss, weil keine Enteignungen von ihm durchgeführt werden. Eine Umlegung nach dem Baugesetzbuch ist eine verfassungsrechtlich zulässige Inhalts- und Schrankenbestimmung des Eigentums im Sinne des Art. 14 Abs. 1 Satz 2 GG und stellt damit keine Enteignung dar. Das

Eigentum bleibt erhalten. Die Umlegung ist in erster Linie auf den Ausgleich der privaten Interessen der Eigentümer gerichtet.“

3. Frage von Herrn Hoffmann:

„Warum wird die Lucie-Kahlenborn-Straße nicht nach der Frau benannt, die an dieser Stelle enteignet wurde?“

Antwort der Verwaltung:

„Der Hauptausschuss hat in seiner Sitzung am 8. Oktober 2002 mehrheitlich beschlossen, die damals neu in Entstehung begriffene Erschließungsstraße im Bebauungsplan Nr. 6113 nach Lucie Kahlenborn zu benennen, weil er entsprechend einem Vorschlag des Bürger- und Heimatvereins Refrath die Gründerin der ersten Apotheke in Refrath ehren wollte.“

4. Frage von Herrn Hoffmann:

„Wie viele Enteignungen hat der Umlageausschuss der Stadt Bergisch Gladbach in den letzten 10 Jahren vorgenommen?“

Antwort der Verwaltung:

„Der Umlegungsausschuss hat noch nie Enteignungen durchgeführt.“

Herr Hoffmann, ich bitte Sie, die Fragen 5 und 14 gemeinsam zu verlesen, da sie aus meiner Sicht in Zusammenhang zueinander stehen.

5. Frage von Herrn Hoffmann:

„Welche Arbeiten wurden an der Brücke ‚An der Wallburg‘ durchgeführt, die dann zu den überflüssigen Arbeiten an der gesamten Straße geführt haben?“
und

14. Frage von Herrn Hoffmann:

„Warum wurde die schlampige Teerung an der Brücke ‚An der Wallburg‘ abgenommen, die dann zu einer ca. 2 km langen Sanierung der Straße führte?“

Antwort der Verwaltung:

„Ihre Fragen sollen vermutlich suggerieren, dass eine punktuelle Arbeit an der Brücke An der Wallburg (ich vermute, Sie meinen ‚kurz vor der Brücke‘), dazu geführt hat, dass im Anschluss die ganze Straße erneuert werden muss. Es ist so, dass die Straße An der Wallburg seit rund 20 Jahren mit Priorität im Straßenbauprogramm geführt wurde, ihre Erneuerung jedoch solange zurückgestellt wurde, bis ebenfalls erforderliche Erneuerungen von Ver- und Entsorgungsleitungen abgeschlossen waren. Aus den Arbeiten des Abwasserwerks resultiert ein notwendiges Schachtbauwerk für das Regenklärbecken im Bereich vor der Brücke. Von dort darf das angesammelte Regenwasser nur über einen Beckenüberlauf in das Fließgewässer eingeleitet werden, damit sich mitgeführte Schadstoffe und Sedimente vorher absetzen. Da feststand, dass die Straße im Anschluss (endlich!) erneuert wird, wurde die Wiederherstellung um die Schächte auch nur provisorisch erstellt und auch nur diese Leistung vergütet. Sie werden ja vermutlich auch keinen neuen Rasen im Vorgarten einsäen, wenn morgen der Maler kommt und dort ein Gerüst aufbaut, um die Fassade zu streichen.“

6. Frage von Herrn Hoffmann:

„Verliert die Stadt Bergisch Gladbach durch den Kauf der Zanders-Grundstücke Einnahmen aus der Grundsteuer A und B?“

Antwort der Verwaltung:

„Wenn die Zanders GmbH nicht mehr Eigentümerin der Flächen ist, muss sie folglich auch keine Grundsteuer mehr bezahlen. Als neue Eigentümerin wird die Stadt ihrerseits steuerpflichtig. Die Steuern sind im Falle der Rückverpachtung an die jeweiligen Mieter anteilig umlagefähig.“

7. Frage von Herrn Hoffmann:

„Plant Lutz Urbach als Bürgermeister der Stadt Bergisch Gladbach den gleichen Showdown wie als Wirtschaftsdezernent der Stadt Hennef?“

Antwort der Verwaltung:

„Mir ist nicht ganz klar, was Sie unter einem ‚Showdown‘ in Hennef verstehen.“

8. Frage von Herrn Hoffmann:

„Soll die Amtszeit von Lutz Urbach als Bürgermeister der Stadt Bergisch Gladbach damit enden, dass die Finanzen der Stadt Bergisch Gladbach völlig ruiniert sind?“

Antwort der Verwaltung:

„Ich kann das genaue Ende meiner Amtszeit jedenfalls derzeit nicht vorhersagen; von daher kann ich auch den Stand der Finanzen der Stadt Bergisch Gladbach zu diesem Zeitpunkt nicht vorhersagen. Zum Ablauf der derzeitigen Wahlperiode planen wir jedenfalls erstmals seit langem mit einem ausgeglichenen Haushalt.“

9. Frage von Herrn Hoffmann:

„An der Ecke Burgplatz/ Kippekausen am letzten Parkplatz neben einer Bushaltestelle hat sich ein Taxifahrer einen Reifen an einem Bordstein kaputt gefahren. Warum werden in Bergisch Gladbach nur so verrückte Baumaßnahmen durchgeführt?“

Antwort der Verwaltung:

„Ein solcher Fall ist mir nicht bekannt, weshalb ich auch nicht weiß, welcher Bereich gemeint sein könnte. Kann es sein, dass der Taxifahrer nur unachtsam war oder es besonders eilig hatte und deshalb nicht die notwendige Vorsicht walten ließ?“

10. Frage von Herrn Hoffmann:

„Wurde der letzte Kauf der Zanders-Grundstücke mit offenen Forderungen bei der Grundsteuer A und B verrechnet?“

Antwort der Verwaltung:

„Nein, eine Verrechnung hat nicht stattgefunden. Bei der Ermittlung des Kaufpreises haben die noch bestehenden finanziellen Forderungen der Stadt an Zanders keine Rolle gespielt. Die Stadt ist jedoch mit ihren Forderungen an Zanders Gläubigerin im laufenden Insolvenzverfahren.“

11. Frage von Herrn Hoffmann:

„Hat es eine Klage von ver.di gegen die Sonntagsöffnungszeiten in Bergisch Gladbach gegeben?“

Antwort der Verwaltung:

„Nein.“

12. Frage von Herrn Hoffmann:

„Warum werden in Bergisch Gladbach keine regelmäßigen Schadstoffmessungen durchgeführt?“

Antwort der Verwaltung:

„Grundsätzlich ist das LANUV für die landesweite Erfassung und Beurteilung der Luftqualität in NRW zuständig. Hierzu betreibt es ein landesweites, zumeist stationäres, Messnetz. Inwieweit die Stadt Bergisch Gladbach bei der künftigen Messplanung des Landes Berücksichtigung findet, ist noch nicht bekannt.“

13. Frage von Herrn Hoffmann:

„Hat die Stadt Bergisch Gladbach den Dokortitel der ehemaligen VHS-Leiterin überprüft?“

Antwort der Verwaltung:

„Wie immer, Herr Hoffmann: In Personalangelegenheiten werden keine Auskünfte erteilt.“

Zusatzfragen werden nicht gestellt.

Die Mitglieder des Rates nehmen die vorgetragenen Einwohnerfragen und die Antworten der Verwaltung zur Kenntnis.

7. Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen

7.1. Antrag der CDU-Fraktion vom 05.11.2018 (eingegangen am 05.11.2018) zur Umbesetzung in Ausschüssen und in Gremien von Beteiligungen und Mitgliedschaften **0439/2018**

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Antrag der CDU-Fraktion zur Umbesetzung in Ausschüssen und in Gremien von Beteiligungen und Mitgliedschaften wird beschlossen.

8. Anträge der Fraktionen

Es liegen keine Anträge der Fraktionen für den öffentlichen Teil der Sitzung vor.

9. Anfragen der Ratsmitglieder

Herr Santillán: Anfrage zu dieser Sondersitzung

Herr Santillán fragt angesichts des Schweigens zum Flächennutzungsplan mit nur kurzen Redebeiträgen, ob und weshalb diese Sondersitzung erforderlich gewesen sei. Er bezeichnet es als reichlich merkwürdig, dass die Fraktionen ihre Entscheidung für oder gegen den Flächennutzungsplan nicht begründet hätten. Dies sei den Bürgerinnen und Bürgern kaum zu erklären. Herr Urbach erwidert, die Sondersitzung sei geboten gewesen.

Herr Urbach schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 17:32 Uhr.